



Medienmitteilung vom 29. August 2017

JA zu sicherer Ernährung – JA zu ökologischer Landwirtschaft

Ein JA am 24. September muss als Auftrag für eine klar ökologisch ausgerichtete Landwirtschaftspolitik verstanden werden. Das sagen die Umweltverbände zum Auftakt ihrer JA-Kampagne – und fordern Gesetzesanpassungen im Rahmen der Agrarpolitik 2022+, in die im Verfassungsartikel vorgezeichnete Richtung.

«Bei der Volksabstimmung zur Ernährungssicherheit geht es um eine ökologische, und in diesem Sinne sichere und nachhaltige Nahrungsmittelproduktion», fasst Urs Leugger-Eggimann, Zentralsekretär von Pro Natura, die Gründe für das Engagement der Umweltverbände im Abstimmungskampf zusammen. «Wir sagen 'JA'», ergänzt Werner Müller, Geschäftsführer von BirdLife Schweiz, «weil wir endlich eine sichere, dem Standort angepasste und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion in der Schweiz wollen.»

Ökologische Defizite der Agrarpolitik anpacken

Die Vertreter der Umweltorganisationen betonen, wie wichtig es ist, dass ökologische Prinzipien in der Bundesverfassung zu verankern. Denn: Die Umwelt-Defizite der heutigen Schweizer Landwirtschaft zum Beispiel beim Pestizideinsatz sind offensichtlich und spätestens seit dem Bericht zum Postulat von Nationalrätin Kathrin Bertschy auch beim Bundesrat aktenkundig. «Es ist Fakt, dass bisher kein einziges der im Jahr 2008 vom Bund zusammengestellten, seit Jahren oder sogar Jahrzehnten gesetzlich vorgegebenen Umweltziele für die Landwirtschaft erfüllt wird. Das muss sich endlich ändern», mahnt Verena Mühlberger, Co-Geschäftsleiterin von Greenpeace Schweiz.

Thomas Vellacott, Geschäftsführer WWF Schweiz mahnt: «Die Fruchtbarkeit des Bodens und die Biodiversität nehmen ab. Die Gewässer haben einen zu hohen Pestizidgehalt. Ein massiver Nährstoffüberschuss belastet die Ökosysteme und das Klima. Zu viel fruchtbares Kulturland wird überbaut. Das sind die grössten Gefahren für eine sichere Ernährung.»

Aus diesen Gründen, und damit die Nahrungsmittelproduktion bei Annahme der Landwirtschaftsvorlage am 24. September 2017 sicherer und nachhaltiger wird, braucht es gemäss der grossen Umweltverbände Gesetzesanpassungen bei der Agrarpolitik 2022+. Das Landwirtschaftsgesetz muss in folgenden Bereichen angepasst werden:

- Regeln für eine standortangepasste Landwirtschaft, um die massiven Nährstoffüberschüsse zu reduzieren und den Rückgang der Biodiversität zu stoppen
- Klare Bestimmungen zur Senkung der Belastung unserer Gewässer mit Pestiziden und Nährstoffen
- Griffige Massnahmen zum Schutz des Bodens, um die Überbauung und Erosion der Böden zu verhindern und so die Lebensmittelproduktion langfristig zu sichern

Die Umweltverbände erhalten Unterstützung von Bio-Landwirt Stéphane Vial aus Châtel-St-Denis. Er setzt sich wie viele seiner Kolleginnen und Kollegen schon heute in der täglichen Arbeit für Biodiversität und ökologische Produktion ein, wie er an der Medienkonferenz erläuterte. Vial betont: «Uns Bauern stehen zahlreiche Massnahmen zur Verfügung, mit denen wir Artenvielfalt, Bodenqualität und die traditionelle Kulturlandschaft fördern können. Es geht dabei um nichts weniger als den Erhalt unserer Lebens- und Wirtschaftsgrundlage.»

Ein JA am 24. September stärkt die ökologisch fortschrittlichen Bäuerinnen und Bauern. Und ein JA setzt ein wichtiges Signal, damit die ökologischen Probleme endlich behoben werden. Darum empfehlen die Umweltorganisationen ein überzeugtes, ökologisches JA zu dieser Vorlage.

Kontakte

BirdLife Schweiz: Werner Müller, Geschäftsführer, Tel. 079 448 80 36

Greenpeace: Verena Mühlberger, Co-Geschäftsleiterin, Tel. 079 253 39 91

Pro Natura: Urs Leugger-Eggimann, Zentralsekretär, Tel. 079 509 35 49

WWF Schweiz: Thomas Vellacott, Geschäftsführer, Tel. 079 291 95 72